

Die Bildungslücke schließen:

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN zum Abbau von Rassismus in deutschen Schulen

Unterstützt von



Weitere Unterstützer*innen siehe hinten

Die Bildungslücke schließen: Handlungsempfehlungen zum Abbau von Rassismus in deutschen Schulen

Intro

Es besteht dringender Handlungsbedarf, um Rassismus im schulischen Kontext entgegenzuwirken – und das nicht erst seit gestern. Bereits seit Jahrzehnten kritisieren Community-Organisationen rassistische Diskriminierung von Schüler*innen oder deren Eltern, aber auch von rassifiziertem Schulpersonal in der Institution Schule. Für Deutschland gibt es hierzu ausreichend wissenschaftliche Belege.¹

Rassismus ist ein soziales Machtverhältnis, welches trotz faktischem Bildungsauftrag, Vielfalt wertzuschätzen und Diskriminierungsschutz zu bieten, im Schulalltag weiterhin existiert und reproduziert wird: Ungleichbehandlung bei Bildungsübergängen, rassistisches Mobbing, Verwendung rassistischer Sprache, schlechtere Benotungen oder Problematisierung von Mehrfachidentitäten sind dafür nur einige Beispiele. Auch die Auswirkungen rassistischer Diskriminierung an der Schule sind bekannt. Sie schwächen das Selbstwertgefühl und die Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen, sie beeinflussen die Leistungsmotivation und die Identifikation mit Schule sowie das physische und psychische Wohlbefinden. Darüber hinaus wirken sie sich langfristig negativ auf die gesamte Bildungs- und Berufslaufbahn aus. Die Verschränkungen mit anderen Diskriminierungsformen können die Problematik noch verstärken.

Auch wenn bereits Empfehlungskataloge zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung an Schulen von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Expert*innen vorgelegt wurden², sehen wir aufgrund der aktuellen Entwicklungen eine besondere Dringlichkeit, auf bereits formulierte Empfehlungen nochmals mit Nachdruck hinzuweisen und diese zu erweitern. Nicht zuletzt sollen dadurch institutionelle Veränderungsprozesse zum Abbau von Rassismus in Schulen nachhaltig vorangetrieben werden.

Notwendig sind diese Maßnahmen, weil sich ungeachtet des alarmierenden Rechtsrucks der letzten Jahre und der Zunahme an rassistischen Vorfällen im Kontext Schule³ bisher auffallend wenig politischer Handlungswillen gezeigt hat – obwohl Bildungsinstitutionen eine enorme gesellschaftliche Relevanz zukommt. Wir leben in Zeiten, in denen rassistische Migrationsdiskurse und Grenzregime sowie rechtsextreme Positionen wieder Hochkonjunktur haben und sich mit Rassismus verschränkte sozioökonomische Ungleichheiten verschärfen. Es ist daher ungenügend, lediglich Handlungsempfehlungen mit Feuerlöschcharakter zu Einzelmaßnahmen zu geben, die die strukturelle Dimension von Rassismus nicht ausreichend berücksichtigen. Rassismuskritik nimmt über individuelle rassistische Haltungen und

¹ Siehe Kapitel *Schule* in: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration; Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus (2023). *Lagebericht: Rassismus in Deutschland. Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen*. Berlin, S. 50ff.

² Siehe z.B. die Publikation *Was tun gegen Diskriminierung an Schulen?* der Antidiskriminierungsstelle des Bundes das aktuell diskutierte Forderungspapier vom Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) oder die Stellungnahme von ca. 200 NGOs und Wissenschaftler*innen, koordiniert vom SIRIUS – Policy Network on Migrant Education und ADAS.

³ Siehe z.B. Antidiskriminierungsstelle des Bundes: *Diskriminierung in Deutschland: Erkenntnisse und Empfehlungen* - Fünfter Gemeinsamer Bericht an den Deutschen Bundestag, 2024.

Handlungen hinaus gesellschaftlich bestehende Ungleichheitsstrukturen in den Blick.⁴ Dieser erweiterte Blick erscheint uns in Anbetracht der beschriebenen gesellschaftspolitischen Entwicklungen immer drängender.

In Deutschland existiert eine *Bildungslücke Rassismus*. Damit meinen wir, dass wichtiges Wissen und notwendige Handlungskompetenz zu Rassismus in Schulen weiterhin fehlen. Die Geschichte von Bildungsinstitutionen in der Herstellung von Differenz und der historischen Entwicklung des modernen Rassismus ist noch zu wenig aufgearbeitet. Gleichzeitig *bildet* Rassismus⁵ an deutschen Schulen, da er zum Beispiel in Curricula, Lehrplänen und Unterrichtsmaterial eingewoben ist. Rassistische Einstellungen und rassistische Diskriminierung sind in der deutschen Gesellschaft zudem weitverbreitet, wie Daten aus der Diskriminierungsberatung und der Forschung⁶ zeigen.

Wir – Community-Organisationen, Wissenschaftler*innen, Lehrkräfte, Pädagog*innen und Rassismus- und Bildungsexpert*innen aus ganz Deutschland – wollen mit diesen hier formulierten Empfehlungen nicht nur auf den Bedarf einer rassismuskritischen Transformation von Schule hinweisen, sondern auch Bildungspolitik, Bildungsverwaltung, Schulen und zivilgesellschaftlichen Organisationen konkrete Handlungsansätze und Maßnahmen empfehlen, die wir als wichtige Schritte für den Entwicklungsprozess von Schulen als rassismuskritische Bildungsorte betrachten.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir folgende Maßnahmen:

Bundespolitik:

- Sicherstellung einer flächendeckenden Beratungsstruktur für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung in Deutschlands Schulen; dafür ist die verlässliche (Weiter-)Finanzierung der entsprechenden Förderprogramme durch die *Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration*, zugleich die *Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus* (u.a. community-basierte Beratung (CBB)) und durch die *Antidiskriminierungsstelle des Bundes* (Förderprogramm *respekt*land*) ebenso wie entsprechend thematisch ausgerichtete Förderungen durch das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* (BMBF) abzusichern – besser noch, auszubauen
- Beschluss des im Koalitionsvertrag vorgesehenen Demokratiefördergesetzes, um eine bessere Verstärkung zivilgesellschaftlicher Arbeit im Themenfeld zu gewährleisten
- Umsetzung der längst überfälligen und oft geforderten Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)⁷

⁴ Siehe die Publikation *Rassismuskritik* herausgegeben von Paul Mecheril und Claus Melter 2009

⁵ Siehe die Publikation *Rassismus bildet* herausgegeben von Anne Broden und Paul Mecheril 2010

⁶ Vgl. DeZIM (2022). *Rassistische Realitäten: Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa)*. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM.; Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration/Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus (2023). *Lagebericht: Rassismus in Deutschland. Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen*. Berlin, S. 50ff.

⁷ Siehe hierzu <https://agg-reform.jetzt/>

Landesregierungen und Kommunen:

Schaffung eines gesetzlichen Rahmens zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Rassismus und Diskriminierung in Schulen

- Verabschiedung von Landesantidiskriminierungsgesetzen und Erweiterung des Diskriminierungsschutzes in den Schulgesetzen aller Bundesländer, sowie eine bessere Durchsetzung der bisherigen rechtlichen Vorgaben
- Ein effektiver Diskriminierungsschutz sollte Folgendes umfassen:
 - Klare und umfassende Diskriminierungsverbote
 - Transparente Beschwerde- und Informationsrechte und -verfahren für Schüler*innen und Eltern
 - Etablierung unabhängiger Beschwerdestellen
 - Verankerung von Diskriminierungsprävention und -bekämpfung als Pflicht der Schule
 - Verpflichtung eines eigenen Anti-Diskriminierungskonzeptes für Schulen als Bestandteil von Kinder- und Jugendschutzkonzepten
 - Verbot der Verwendung von Schulbüchern und Lehrmaterialien mit rassistischen und anderweitig diskriminierenden Darstellungen, Bildern und Inhalten
 - Schaffung eines Rechtsanspruchs auf einen Schulplatzwechsel für Opfer von Rassismus als letzter Option zum Schutz von Betroffenen

Aufbau und Stärkung von Beratungs- und Beschwerdestrukturen

- Benennung von Antirassismus-Beauftragten auf Landesebene mit einem klaren Mandat und einem entsprechenden Kompetenzprofil
- Schaffung und dauerhafte Förderung von niedrigschwelligen, unabhängigen und community-basierten Anlauf- und Beratungsstellen für von Rassismus betroffene Schüler*innen und Eltern
- Fortbildungsangebote für die Mitarbeitenden von schulischen Beratungsstrukturen, wie z.B. Schulsozialarbeit und Schulpsychologie
- Einrichtung eines Rechtshilfefonds für von Rassismus betroffene Personen im Kontext von Schule (Schüler*innen, deren Eltern sowie Schulpersonal)
- Verbindliche Einrichtung der durch das AGG (§ 13) vorgesehenen Beschwerde-stelle(n) zur rechtlichen Beratung für Lehrkräfte und für Schulpersonal, z.B., wenn sie rassistisches Material melden wollen oder sie mit demokratiefeindlichen Anfeindungen konfrontiert sind

Rassismuskritische Entwicklung der Schulverwaltung und Förderung einer rassismuskritischen Schulkultur

- Verpflichtende Fortbildungen für Schulaufsichten und Schulleitungen, um Rassismus besser erkennen zu können und rechtliche Grundlagen sowie Handlungsmöglichkeiten und -verpflichtungen zu kennen
- Erhöhung der Diversität bei der Zusammensetzung der Schulleitungen

- Ausbau von rassistuskritischem Wissen sowie migrationsgesellschaftlichem Handlungswissen mit juristischen Bezügen in Schulverwaltungen; hierbei dringende Kenntnisaufnahme wissenschaftlicher Expertise zu Rassismuskritik und entsprechende Überarbeitung der Rahmenlehrpläne/Fächer, um die Bildungslücke zu Rassismus durch verbindliche Integration des Themenfelds zu schließen
- Im Fall rassistischer Diskriminierung: konsequente Umsetzung der rechtlich verbindlichen Grundlagen des Beamtendienstrechts (v.a. § 33; § 47 BeamtStG) bzw. Erfüllung der Pflicht von Lehrkräften, für Grund- und Menschenrechte einzutreten und gegen rassistische und diskriminierende Äußerungen vorzugehen; ggf. Sanktionierung von Lehrkräften und Schulpersonal; verbindliche Richtlinien für den Umgang mit rassistischen Aussagen und Handlungen von Lehrpersonal
- Förderprogramme für rassistuskritische Schulentwicklung, die Schulen fachlich begleiten und unterstützen
- Sicherstellung, dass Schulordnung und Hausordnungen der Schulen keine diskriminierenden Regelungen enthalten (wie z.B. ein Deutschgebot bzw. Sprachverbote, ein pauschales Verbot der Religionsausübung, wie etwa die Durchführung eines Gebets während der Pause oder das Tragen einer religiös motivierten Kopfbedeckung)
- Sicherstellung der Durchsetzung der Schulpflicht für alle Kinder und Jugendliche in Schulen/Klassen⁸
- Schaffung eines leichten Zugangs zu Sprachmittler*innen für Schulen, um die Einbindung aller Eltern sicherzustellen (z.B. durch Bereitstellung von für Schulen leicht zugänglichen finanziellen Mitteln oder durch Schaffung eines zentralen Pools an Sprachmittler*innen, den Schulen bei Bedarf nutzen können)
- Förderung der kommunalen Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen/Akteur*innen im Stadtteil von Schulen, wie etwa Vereine, Antidiskriminierungsberatungsstellen und Community-Organisationen/MSOs, Religionsgemeinschaften

Monitoring von Rassismus in Schulen

- Einführung einer Meldepflicht für Schulen bei rassistischen Vorfällen
- Dokumentation und Sammlung von Rassismuvorfällen in Schulen und Fällen von Schulwechsellern aufgrund rassistischer Diskriminierung
- Monitoring durch unabhängige Stellen und Veröffentlichung von Monitoringberichten zu Rassismuvorfällen in Schulen (anonymisiert; bzw. ohne dass Einzelschulen identifizierbar sind)

⁸ Rassifizierte und geflüchtete Kinder und Jugendliche erleben, dass bei ihnen die Schulpflicht und das Menschenrecht auf Bildung nicht immer umgesetzt bzw. durchgesetzt wird, beispielsweise, wenn sie keinen Schulplatz bekommen oder sehr lange in Behelfsschulen in Erstaufnahmeeinrichtungen oder sogenannten Willkommensklassen unterrichtet, sie wegen Regelverstößen unverhältnismäßig und regelwidrig lange vom Unterricht suspendiert oder bei Schulabstrenzung Bußgeldbescheide vernachlässigt werden.

Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und schulischem Personal

- Wissens- und Kompetenzaufbau zu Rassismus und Diskriminierung in Bildungs- und Rahmenlehrplänen in allen Bundesländern integrieren und sicherstellen, dass diese verbindlich umgesetzt werden; Kontrolle durch regelmäßige Prüfung und Monitoring
- Implementierung von Rassismus/Rassismuskritik als Querschnittsthema während aller Ausbildungsphasen: Einführung von verpflichtenden Modulen zum Wissens- und Kompetenzaufbau zu Rassismus und Diskriminierung in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften; auch für Quereinsteiger*innen in den Lehrberuf
- Implementierung von Rassismuskritik und migrationsgesellschaftlichem Handlungswissen mit juristischen Bezügen in den Ausbildungsinhalten der Lehrkräftefortbildung; entsprechende regelmäßige und verpflichtende Weiterbildungsstrukturen
- Aus- und Fortbildungsmodule sollten mindestens folgende Aspekte thematisieren: Umgang mit Heterogenität, Ungleichheitsideologien, Rassismus- und Diskriminierungsformen, Intersektionalität, grund- und menschenrechtliche Grundlagen und demokratische Werte, schulische Neutralität, Umsetzung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit für Schüler*innen, Reflexion eigener Haltung und Privilegien, Vermittlung von Methoden zur Stärkung rassismuskritischer Handlungskompetenzen
- Schaffung leichter Zugänge für neu zugewanderte Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte durch Unterstützungen beim Start in den Schuldienst

Schulbücher und Unterrichtsmaterial

- Bundesweite und fächerübergreifende Aufnahme von Rassismuskritik sowie Diversität in die Curricula
- Einbindung eines externen sowie divers zusammengesetzten Gremiums von Expert*innen, um aktuelle Schulbücher und Bildungsmaterialien entlang bestehender Richtlinien⁹ zu überprüfen
- Förderung und Berücksichtigung eines unabhängigen Gütesiegels für rassismuskritische und diversitätssensible Schulbücher (dient gleichzeitig als Handlungsanreiz für Verlage)
- Verpflichtung der Schulverwaltung zur rassismuskritischen Überprüfung der Schulbücher vor deren Zulassung
- Einrichtung einer Melde-, Beschwerde- und Fachstelle für rassismuskritisches Bildungsmaterial, bei der (auch anonym) Fälle gemeldet werden können, in denen (weiterhin) rassistisches Bildungsmaterial verwendet wird; diese fungiert auch als Beratungsstelle für Lehrkräfte zu alternativen, rassismuskritischen und diversitätssensiblen Schulbüchern und Lehrmaterialien

⁹ Siehe z.B. Fuchs, E., & Yu, S. (2022). *Unmasking Racism. Guidelines for Educational Materials*. UNESCO.

Schulen:

- Verankerung von Diskriminierungs- und Rassismuskritik als Teil demokratischer Schulentwicklung – beides als Querschnittsthema – in Schulen
- Code of Conduct: Klares Bekenntnis zu Antirassismus und Diskriminierungsschutz an der Schule; Formulierung und Bekanntmachung von verbindlichen Antidiskriminierungsrichtlinien an Schulen
- Benennung von schulinternen Ansprechpersonen (Vertrauenspersonen für Rassismus und Diskriminierung); (Weiter-)Entwicklung der schulischen Beschwerdestruktur für einen professionellen Umgang mit Rassismus- und Diskriminierungsfällen bzw. Einführung eines transparenten und in der Schule bekannten Verfahrens zum Umgang mit Diskriminierungsbeschwerden
- Niedrigschwelliger Informationszugang über Rechte von Schüler*innen und Eltern und externe Beratungsstellen (z.B. durch Plakate)
- Stärkung und Empowerment von Kindern und Jugendlichen zum Thema Diskriminierung (z.B. durch regelmäßige Workshops)
- Förderung der Zusammenarbeit mit Community-Organisationen und Bereitstellung von allgemeinen Informationen über community-basierte Empowerment-Räume (ohne einzelne Schüler*innen als „anders“ zu markieren bzw. aktiv darauf anzusprechen)
- Umgang mit Rassismus als Teil einer fehlerfreundlichen Beschwerdekultur in Schulen implementieren und eine Kultur des Sprechens schaffen: Etablierung von informellen sowie formalisierten Gesprächsräumen zur Thematisierung von Rassismus im Schulalltag (z.B. regelmäßige Sprechstunden von Schüler*innen mit Schulleitung, diskriminierungskritischer Klassenrat)
- Wertschätzung und Förderung von Vielfalt an der Schule: Entwicklung einer positiven kulturellen und hybriden Identität; Stärkung der allgemeinen Resilienz von Kindern und Jugendlichen
- Akzeptanz, Anerkennung und Förderung von Mehrsprachigkeit in der Schule
- Aktive Einbeziehung aller Eltern und Schüler*innen in die Schulentwicklungsprozesse und Sicherstellung, dass auch die Perspektiven von BIPoC bzw. Eltern und Schüler*innen mit Migrationsgeschichte miteingebracht werden
- Durchführung von Risikoanalysen bzw. (anonymen) Umfragen mit Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern zu Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen an der Schule; fachlich begleitet und unterstützt durch entsprechend qualifizierte externe Stellen, um Datenqualität zu gewährleisten und mit solchen Umfragen verbundene Diskriminierungsrisiken zu minimieren

Stärkung der Zivilgesellschaft durch Bund und Länder:

- Einrichtung von niedrigschwelligen, unabhängigen, auch community-basierten Anlauf- und Beratungsstellen für rassismusbetroffene Schüler*innen und Eltern
- Einrichtung von Schutz- und Empowerment-Räumen für von Rassismus betroffene Schüler*innen und Eltern – außerhalb der Schule in Community-Organisationen
- Einrichtung von community-basierten Schul- und Bildungsberatungsstellen für Lehrkräfte zu rassismuskritischen Bildungsmaterialien und Unterrichtsgestaltung
- Förderung der Professionalisierung von außerschulischen Beratungsstrukturen, die mit rassismuserfahrenen Eltern arbeiten, um Rassismus als transgenerationale Traumata besser zu erkennen und damit umgehen bzw. das Vertrauen der Eltern in die Beratungsangebote und Institutionen aufbauen zu können
- Förderung von Kooperation mit Schulen in Ländern ehemaliger Kolonien, mit dem Ziel der dekolonialen Bildung

**Es ist höchste Zeit für einen rassismuskritischen Wandel an Deutschlands Schulen.
Lasst uns jetzt gemeinsam die Bildungslücke Rassismus schließen!**

Unterzeichnende (Stand Januar 2025):

Organisationen/Netzwerke:

Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)



weact-Projekt (von AGABY)

Aktionsbündnis muslimischer Frauen e.V.



Amaro Foro



Antidiskriminierung Mittelhessen e.V.



Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen - amfn e.V.



BANDAS – Beratung und Antidiskriminierungsarbeit für Schüler:innen in Köln / AWO Mittelrhein e.V.



Basis & Woge e.V., Hamburg



Bundeselternnetzwerk der Migrant*innenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt) e.V.



Hildegard Lagrenne Stiftung



KiDs – Kinder vor Diskriminierung schützen /
Fachstelle Kinderwelten



korientation. Netzwerk für Asiatisch-Deutsche
Perspektiven e.V.



Landesnetzwerk Migrantenorganisationen
Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.



LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.



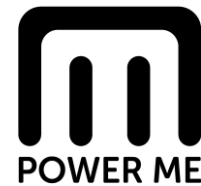
MigrantenElternNetzwerk Niedersachsen



Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC)



POWER ME – Stärkung von Kindern gegen Rassismus /
Ariba e.V.



Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus



Verband muslimischer Lehrkräfte



Arbeitskreis für rassismuskritische Bildung in Freiburg,
(MMB & Kidayo e.V.)

LERAconnect, LEMI – Bundesnetzwerk der Lehrkräfte mit
Migrationsgeschichte e.V.

Einzelpersonen:

Andreas Foitzik, adis e.V. und Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik

Bişenk Ergin, AdiNet Rhein-Main und Koordinierungsstelle Antirassismus im Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main

Cora Weißert, Stiftung gegen Rassismus

Dr. Denise Bergold-Caldwell, Vertretungsprofessur für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung, Europa Universität Flensburg

Dr. Isabel Dean, Vertretung der Professur für Sozialpädagogik, Institut für Erziehungswissenschaft, Abteilung Sozialpädagogik, Pädagogische Hochschule Freiburg

Dr. Nkechi Madubuko, Wissenschaftl. Mitarbeiterin Rassismusforschungstelle, Philipps-Universität Marburg

Dr. René Breiwe, Institut für Bildungsforschung, Bergische Universität Wuppertal, Teilprojektleiter des BMBF-geförderten Verbundprojekts RAISE (Rassismuskritische Schulentwicklung für eine gerechte(re) Bildung in der Migrationsgesellschaft)

Dr. Wiebke Scharathow, Institut für Erziehungswissenschaft, Pädagogische Hochschule Freiburg

Eleonore Bekamenga, Nkul Beti e.V.

Fatoş Atali-Timmer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Ivanka Sučić, Südost Europa Kultur e.V.

Jacqueline Laubach, Projektleitung Servicestelle Interkulturelles Lernen in Schulen in Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan, Professor für Moderne Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen/Fakultät für Geisteswissenschaften sowie wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung, Universität Duisburg-Essen/Fakultät für Geisteswissenschaften, Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung

Prof. Dr. Astrid Messerschmidt, Erziehungswissenschaftlerin, Bergische Universität Wuppertal

Prof. Dr. Ayça Polat, Center for Migration, Education and Cultural Studies (CMC), Institut für Pädagogik, Fachgruppe Sozialpädagogik in der Migrationsgesellschaft

Prof. Dr. Aysun Doğmuş, Fachgebiet Erziehungswissenschaft an der TU Berlin

Prof. Dr. Carmen Mörsch, Kunstdidaktik an der Kunsthochschule Mainz, Johannes-Gutenberg-Universität

Prof. Dr. habil. Albert Scherr, Seniorprofessor am Institut für Soziologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Prof. Dr. Julie Panagiotopoulou, Universität zu Köln

Prof. Dr. Karim Fereidooni, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Ömer Alkin, Hochschule Niederrhein

Prof. Dr. Sabine Achour, FU Berlin

Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu, Fachgebiet Bildung in der Migrationsgesellschaft, Universität Bremen

Prof.'in Dr. Schahrzad Farrokhzad, Technische Hochschule Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften

Prof.in Dr. Anja Steinbach, Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Pädagogik des Primarbereichs

Prof.in Dr. Ellen Kollender, Professur für Inklusion und Diversität, Leuphana Universität Lüneburg

Prof.'in Dr. Mechtild Gomolla, Erziehungswissenschaftlerin, Professorin für Interkulturelle Pädagogik und Bildungsgerechtigkeit an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe

Prof. Maisha Auma, Universität Klagenfurt

Roya Saadati Fashtomi, Uni Bielefeld

Sara Paßquali, selbständige Trainerin und Beraterin

Sezen Çakmak, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Fachgebiet Erziehungswissenschaft, Lehren und Lernen in der Migrationsgesellschaft

Sibylle Behnes, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Arife Yalniz, Schule

Lena Kahle, Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.

Jael In 't Veld, Uni Bielefeld Erziehungswissenschaften

Birol Mertol

Fidan Yiligin

Özge coskuner, Brühlschule Genkingen

Linda Hermanns-Janßen, Schulsozialarbeit

Seren Basogul, Junge Islam Konferenz

Muriel Quéau, Nonpareille

Manfred Schloßhan

Roland-Michael Farkas, Katholisches Freies Bildungszentrum St. Kilian Heilbronn

Fatima Radi, TGBW e.V.

Lametu Klemm, Psychologische Beratung OPRA

Madel Djeffe, Fuldaer Afrika Verein e.V.

Laura Spretke-Rogler, Eltern gegen Rechts

Bîşenk Ergin, Koordinierungsstelle Antirassismus (AmkA)

Mahoni, Schuleinrichtung

Prof. Dr. Rudolf Leiprecht

Julia Thumm

Anne Rolvering, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

Sylvia Holzhäuer -Ruprecht, SIMAMA-STEHAUF e.V

Verena Dacqué

Katharina Menzel

Kathrin Bah

Annabell Martin, SBBZ Sprache Freiburg

Lynn Kowalski, Einzelperson an GBS Schule Rönneburg

Thouraya Kefi, HerEnergy UG

Amal Abbass, tubman.network e. V.

Thouraya Kefi, HerEnergy Empowerment Agentur für Frauen

Juliane Kemper

Anna Greiter

Claudia Krebs, Sozialarbeit an Schule

Sun Hee Martischius, Freie Trainerin in der politischen Bildungsarbeit

Vera Eberl, Landesstelle Schulische Integration NRW

Birol Mertol

Raoni da Silva, Sonnhalde Gempen

Flurina Schulz

Sabine Ayeni, mohio

Fidan Yiligin

Danae Christodoulou

Anne Piezunka, Hochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik

Zehahla Simone, Pädagogin

Harald Hackländer, Info-Brief des Multikulti-Treff

Celina Heinemann

Prof. Dr. Brigitte Kottmann, Institut für Erziehungswissenschaft, Universität Paderborn

Eva Feldmann-Wojtachnia, Centrum für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München

Cattan, Jugend Bildungsstätte Kaubstraße